

Presseinformation

Nr.: 158/2018

Potsdam, 14. Oktober 2018

Henning-von-Tresckow-Straße 2-13
14467 Potsdam

Stellv. Pressesprecher: Gabriel Hesse
Telefon: +49 331 866-5044
Fax: +49 331 866-5049
Internet: www.masgf.brandenburg.de
presse@masgf.brandenburg.de

Am 17. Oktober ist Internationaler Tag für die Beseitigung der Armut

Sozialministerin Karawanskij: „Armut ist eine Verteilungsfrage. Brauchen armutsfeste Grundsicherung.“

Jedes fünfte Kind ist deutschlandweit von Armut bedroht, etwa jedes sechste ist von SGB-II-Leistungen abhängig. Vor dem Internationalen Tag für die Beseitigung der Armut (17. Oktober) sagt Brandenburgs Sozialministerin Susanna Karawanskij: „Wir leben in einer so reichen Gesellschaft, in der es Armut nicht geben darf. Es ist eine Frage der Gerechtigkeit und im Kern ist es eine Verteilungsfrage. Sozialleistungen auf Minimalbedürfnisse in Cent-Beträgen herunterzurechnen, ist falsch und menschenverachtend. Wir brauchen in Deutschland endlich eine armutsfeste und sanktionsfreie Kindergrundsicherung.“

Die negativen Auswirkungen von Armut seien weitreichend. Besonders Kinder leiden darunter. Laut Bertelsmann Stiftung braucht es drei Generationen, um die Armutsspirale zu durchbrechen. Auch die Altersarmut wird besonders in Ostdeutschland ein größer werdendes Problem. Schon heute sind viele Rentner auf die Grundsicherung im Alter angewiesen. „Das alles sind Zeichen dafür, dass die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinandergeht, obwohl die Wirtschaft seit Jahren boomt und die Arbeitslosigkeit deutlich zurückgeht. Viele Menschen können trotz harter Arbeit von ihrem Einkommen nicht leben“, so **Karawanskij**. Gut bezahlte und tariflich abgesicherte Arbeitsplätze seien ein wichtiger Schlüssel, um Armut überwinden zu können.

Nach der amtlichen Sozialberichterstattung der statistischen Ämter des Bundes und der Länder lag Brandenburgs sogenannte **Armutsgefährdungsquote** gemessen am Bundesdurchschnitt im Jahr 2017 bei 15,0 Prozent (Deutschland: 15,8, West: 15,3, Ost: 17,8). Vor allem Alleinerziehende, Langzeitarbeitslose und kinderreiche Familien sind von materieller Armut betroffen. In Deutschland gelten Menschen dann als armutsgefährdet, wenn sie mit weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens der Bevölkerung auskommen müssen. Nach den Ergebnissen des Mikrozensus galten in Deutschland im Jahr 2017 beispielsweise Einpersonenhaushalte mit einem monatlichen Einkommen von weniger als 999 Euro und Familien mit zwei Kindern mit einem monatlichen Einkommen von weniger als 2.099 Euro als armutsgefährdet.

1992 erklärte die Generalversammlung der Vereinten Nationen den 17. Oktober zum internationalen Tag für die Beseitigung der Armut.